

## Zweite Sitzung – Deuxième séance

Dienstag, 1. März 1983, Vormittag

Mardi 1<sup>er</sup> mars 1983, matin

9.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Weber

82.058

### Zivildienst. Volksinitiative

#### Service civil. Initiative populaire

Botschaft und Beschlussentwurf vom 25. August 1982 (BBl III, 1)  
Message et projet d'arrêté du 25 août 1982 (FF III, 1)

#### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Dobler**, Berichterstatter: Ihre vorberatende Kommission hat an zwei Sitzungstagen die Vorlage behandelt. Vom EMD, dem Rechtsdienst der Bundeskanzlei, dem Initiativkomitee, kirchlichen und weiteren Organisationen standen uns zahlreiche Informationen zur Verfügung. Zusätzlich erhielten wir anlässlich der Hearings Instruktionen. An diesen Hearings nahmen Vertreter des Initiativkomitees und der Aktion «Freiheit und Verantwortung» teil. Ich danke auch an dieser Stelle Herrn Bundesrat Chevallaz und seinem Departement für die geleistete Arbeit.

Am 14. Dezember 1979 ist die Volksinitiative «Für einen echten Zivildienst auf der Grundlage des Tatbeweises» mit 113 045 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Das Initiativkomitee war bereits im Vorfeld der eidgenössischen Volksabstimmung über die Münchensteiner Initiative im Jahre 1977 gebildet worden. Diese wurde damals mit knapp 900 000 gegen gut 500 000 Stimmen verworfen. Ausserdem wurde die Vorlage von sämtlichen Ständen abgelehnt. Damit waren die langjährigen und intensiven Bemühungen von Bundesrat und Bundesversammlung, das Problem der Militärdienstverweigerer aus Gewissensgründen zu regeln, gescheitert.

Die vorliegende Initiative «Für einen echten Zivildienst auf der Grundlage des Tatbeweises» muss im Zusammenhang mit dieser abgelehnten Vorlage gesehen werden, zu der sie auch aus der Sicht der Initianten eine Alternative darstellen soll.

Die Münchensteiner Initiative hielt ausdrücklich an der allgemeinen Wehrpflicht fest. Die Zulassung zum Zivildienst setzte dementsprechend einen Glaubens- oder Gewissenskonflikt voraus. Zudem wäre der dem Militärdienst gleichwertige Zivildienst vor allem zur Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt in einer zwar von der Armee getrennten, aber doch eidgenössisch institutionalisierten Organisation zu leisten gewesen. Dabei wurde an eine Dienstdauer von insgesamt 18 Monaten gedacht.

Die neue Initiative geht in ihrer Konsequenz viel weiter als die abgelehnte Münchensteiner Initiative. Das hinter der neuen Zivildienstinitiative stehende Komitee war ausdrücklich gegen die Münchensteiner Initiative, weil es mit dem vom Parlament ausformulierten Text nicht einigging und die Münchensteiner Initiative angeblich nur eine Scheinlösung des Dienstverweigererproblems gebracht hätte.

Aufgrund des Textes der vorliegenden Initiative muss ein Bewerber für die Zulassung zum Zivildienst keine besonde-

ren Voraussetzungen erfüllen. Namentlich wird kein Gewissenskonflikt vorausgesetzt. Die Motive sind irrelevant. Jeder, der dies wünscht, kann seine Zulassung zum Zivildienst erwirken. Er nimmt lediglich in Kauf, dass der Zivildienst anderthalbmal so lange dauert wie der Militärdienst, den er noch zu erbringen hätte. Der Tatbeweis wird offenbar in dieser verlängerten Dienstdauer erblickt. Das neue Volksbegehren läuft somit auf die freie Wahl zwischen Militärdienst und Zivildienst und demzufolge auf die Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht hinaus. Da die Zulassung zum Zivildienst keinen Gewissenskonflikt voraussetzt, erübrigt sich auch ein Prüfungsverfahren. Damit wäre nicht nur unser Milizsystem, sondern auch der Grundsatz in Frage gestellt, dass die individuelle Freiheit nicht die Sicherheit des Landes gefährden darf. Wenn das Volksbegehren in seinem Titel den Tatbeweis anspricht, sagt dieser Hinweis juristisch nichts aus. Wie uns an den Hearings dargelegt wurde, will der Militärdienstverweigerer den anderthalbmal länger dauernden Zivildienst in Kauf nehmen, weil er eine innere Hemmung hat, zu töten. Anders ausgedrückt: weil er sich an den Vorbereitungen hierzu nicht beteiligen will. Nach dem Umkehrschluss wird somit den Schweizer Soldaten eine ethisch nicht vertretbare Motivation unterstellt. Nachdem aber die Motive für die Dienstverweigerung irrelevant sind, fehlt es an einer elementaren Voraussetzung für einen Tatbeweis. Hinzu kommt, dass allein durch die zeitliche Verlängerung des Zivildienstes dessen Gleichwertigkeit mit dem Militärdienst noch längst nicht ausgewiesen ist. Einmal wird dieses Erfordernis im Initiativtext überhaupt nicht verlangt. Zudem werden diesbezüglich auch zuhanden der Gesetzgebung keine näheren Angaben gemacht.

Die Zweckumschreibung des Initiativtextes ist formell und materiell als problematisch zu bezeichnen. Mit dem Zivildienst soll der Frieden gefördert und ein Beitrag geleistet werden, um Ursachen gewaltsamer Auseinandersetzungen zu beseitigen, menschenwürdige Lebensverhältnisse zu schaffen und die internationale Solidarität zu stärken. Nach Auffassung von Verwaltungsjuristen wäre es im Falle der Annahme der Initiative unmöglich, diesen Passus in den laufenden Text der Bundesverfassung aufzunehmen. Er ist juristisch bedeutungslos und von rein deklaratorischer Natur. Der Initiativtext ist aber auch materiell nicht unbedenklich. In der Schweiz dient die Armee in erster Linie der Erhaltung des Friedens in Unabhängigkeit. Wie sollen in der Gesetzgebung die Einsätze zur Förderung des Friedens konkretisiert werden, wenn die Vorstellungen darüber, was Frieden ist und wie dieser erreicht werden soll, je nach dem politischen Standort sehr weit voneinander abweichen? Man kann sich schwerlich vorstellen, wie der Bund unter diesen Umständen die Tätigkeit von Institutionen koordinieren, beaufsichtigen und finanzieren soll, die geltend machen, dem Frieden zu dienen und hierfür eigens freizustellende Wehrpflichtige in Anspruch nehmen. Der Bund müsste dadurch auch politische Aktivitäten unterstützen, die sich mitunter gegen die eigene Landesverteidigung richteten. Diese Beurteilung gilt insbesondere für die Beseitigung der Ursachen gewaltsamer Auseinandersetzungen, wie Verstärkung der internationalen Solidarität. Sie ist jedoch nicht zutreffend bei der Schaffung menschenwürdiger Lebensverhältnisse, wo eine sachbezogene Bestimmung der Zivildiensttätigkeit möglich wäre. Die Unbestimmtheit und Schrankenlosigkeit der Dienstleistungsziele würden zweifelsohne zu einer völligen Unsicherheit darüber führen, in welchen Organisationen nach dem Willen des Verfassungsgebers Zivildienst geleistet werden kann. Das Fehlen einer Zivildienstorganisation würde auch die Kontrollmöglichkeiten praktisch aufheben.

Noch ein Wort zur Stellung des Dienstverweigerers zur Europäischen Menschenrechtskonvention. Nach unseren Abklärungen ist kein Präjudizfall bekannt, in dem sich ein Dienstverweigerer mit Erfolg auf eine Verletzung der Menschenrechte hätte berufen können.

Wir sind uns nach wie vor bewusst, dass das Problem Dienstverweigerer besteht. Im Jahre 1982 haben 729 Schweizer den Militärdienst verweigert, 1981 waren es 593.

Zudem haben im vergangenen Jahr 898 Schweizer ein Gesuch um waffenlosen Militärdienst eingereicht. Das sind 170 Gesuche mehr als im Vorjahr. Von diesen Gesuchen wurden – soweit deren Behandlung abgeschlossen ist – nur deren 201 bewilligt, 493 dagegen abgelehnt. Von den Dienstverweigerern des Jahres 1982 gaben 365 ethische oder religiöse Gründe an, 85 verweigerten sich der Dienstpflicht aus «politischen Gründen», die übrigen «aus Angst vor Unterordnung, aus Furcht vor Anstrengungen oder Gefahren» oder aus ähnlichen Gründen. Die Zahl der Militärdienstverweigerer wird relativiert, wenn man sie der Zahl der Dienstleistenden gegenüberstellt: 1982 haben rund 410 000 Schweizer Armeeangehörige an rund 12,8 Millionen Tagen Dienst geleistet.

Ihre Kommission hat, zusammen mit dem Bundesrat, davon abgesehen, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Die weniger weit gegangene Münchensteiner Initiative wurde vom Souverän vor gut fünf Jahren eindeutig verworfen. Ein Gegenvorschlag müsste sich weitgehend an den damaligen Verfassungstext anlehnen. Diesen aber dem Stimmbürger bereits heute wieder zu unterbreiten, wäre politisch nicht vertretbar.

Schliesslich darf darauf hingewiesen werden, dass der waffenlose Militärdienst aufgrund einer bundesrätlichen Verordnung seit 1. Januar 1982 neu geregelt ist. Damit darf erwartet werden, dass für einen Teil derjenigen Wehrpflichtigen, die durch die Leistung eines zivilen Ersatzdienstes einem schweren Gewissenskonflikt auszuweichen hoffen, eine zumutbare Alternative geboten werden kann. Das war im übrigen grundsätzlich auch unter der bisherigen Regelung der Fall. Definitiv wird der waffenlose Militärdienst aus Gewissensgründen auf Gesetzesstufe geregelt werden müssen.

Ihre Kommission beantragt Ihnen mit 7 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung, dem Bundesbeschluss zuzustimmen und die Volksinitiative «Für einen echten Zivildienst auf der Grundlage des Tatbeweises» abzulehnen.

**Zumbühl:** Diese Initiative hat – nach meiner Ansicht – wenigstens etwas Gutes an sich: Sie ist in ihrer Zielrichtung derart extrem, dass sie wirklich in die Augen sticht und über ihre totale Unmöglichkeit keine Zweifel offen lässt. Nennen wir das Kind beim Namen: Diese Initiative geht wirklich ans Mark unserer Landesverteidigung, unseres Milizsystems in der Armee und unserer Selbstbehauptung. Ich danke dem Bundesrat für seine klare Haltung in dieser Frage, unterstütze diese Haltung ohne Vorbehalt und lehne die Initiative ab.

Ich meine, das hätte uns wahrhaftig noch gefehlt, wenn der junge Schweizer zwischen dem oft harten Militärdienst und einem Lagerleben nach freiem Wunsch wählen könnte! Die Bürgerrechte in Ehren und vor allem auch das Initiativrecht – jedermann kann davon Gebrauch machen –, aber es ist doch sonderbar, wenn man nach einem so eindeutigen Volksentscheid wie bei der Abstimmung über die Münchensteiner Initiative vom Dezember 1977 schon nach zwei Jahren wieder eine Initiative, welche das gleiche Thema berührt, einreicht! Ich glaube, man möchte damit ein Anliegen gewisser Kreise zu einem Problem ersten Ranges machen.

Soweit man in unserem Land die Dienstverweigerung wirklich als Problem betrachten kann, hat inzwischen der Bundesrat demselben weitgehend Rechnung getragen mit der Möglichkeit zur waffenlosen Dienstleistung bei bestimmten Truppengattungen. Dies sollte genügen. Wenn man die Einsatzmöglichkeiten für den Zivildienst, wie sie von den Initianten vorgeschlagen werden, durchmustert, dann steigen grosse Bedenken auf. Es wird zum Beispiel vorgeschlagen: Arbeit mit der Armutsbevölkerung in Notwohnungen und Slums (Vierte Welt), Arbeit in Krankenhäusern, psychiatrischen Kliniken und Zentren mit Suchtkranken, Arbeit im Strafvollzug, Arbeit mit Kindern usw. Das sind doch keine wirklich realistischen Vorschläge. Für die erwähnten Aufgaben braucht es Fachleute und Leute mit Erfahrung. Ein Zivildienst als blosser Zeitvertreib ist Verschwendung von

öffentlichen Geldern. In der «Weltwoche» hat ein bekannter Journalist mit Recht geschrieben, wer nur ein paar Minuten lang versuche, sich solchen Zivildienstesatz 20jähriger vorzustellen, komme schwerlich darum herum, derlei für blanken Unfug zu halten. Der Staat hätte ihn erst noch aus Steuergeldern zu besolden!

Die Initiative bietet einen anderthalbmal so langen Zivildienst an als Ersatz für den verweigten Militärdienst. Man will wirklich tun als ob: denn ein Dienstverweigerer käme ja um ein Mehrfaches besser weg als der dienstleistende Soldat, der über 30 Jahre hinweg verpflichtet ist, seine wiederkehrenden Dienste zu leisten, in vielen Fällen mit beachtlichen Opfern, zum Beispiel wenn er ein eigenes Geschäft hat, wenn er einen Einmannbetrieb führt oder Familienvater ist. Der Dienstverweigerer könnte als junger Mann, noch weitgehend frei von zivilen Verpflichtungen, seine 18 Monate in einem Gang «abtun», und dann hätte er seine Ruhe. Auf keinen Fall könnte man hier von den berühmten gleich langen Spiessen sprechen. Ich meine, die Spiesse richten sich vielmehr gegen den opferwilligen Wehrmann in unserer Armee. Ich frage mich – unser Kommissionspräsident hat das bereits dargelegt –: Haben diese rund 700 Dienstverweigerer von 1982 im Vergleich zu den rund 410 000 Wehrmännern, welche im gleichen Jahr rund 12 Millionen Dienstage geleistet haben, eine derartige Bedeutung, dass wir uns veranlasst fühlen sollten, das Prinzip unserer allgemeinen Wehrpflicht – bis jetzt eine bewährte Einrichtung – über den Haufen zu werfen?

Weil ich weiss, dass viele dies einfach nicht wahrhaben wollen, sage ich es erst recht: Die Militärdienstleistung hat für den jungen Wehrmann einen bedeutenden erzieherischen Wert! Kameradschaft pflegen und Solidarität üben in einem unbeschwerten Lagerleben oder in einem harten Dienst mit allerlei unangenehmen Begleiterscheinungen sind zwei grundverschiedene Voraussetzungen. Gerade im Zeitalter des Wohlstandes dürfte es für den Jungbürger heilsam sein, wenn er sich mit etwas Härte, mit gelegentlichem Entsagen und mit dem unfreiwilligen Zusammenleben mit Mitbürgern abfinden muss. Man könnte noch lange über Erfahrungen, über Erlebnisse in dieser Richtung sprechen. Aber zu Recht darf behauptet werden, dass viele ihre positive Einstellung zum Staat und zum Mitbürger ihrem geleisteten Militärdienst verdanken. Diese Initiative kann meiner Ansicht nach unmöglich etwas Gutes bringen. Ich stelle mich hinter jene, die sagen, diese Initiative sei als erster Schritt zur Abschaffung unserer Armee zu betrachten. Deshalb stimme ich mit Überzeugung dem Antrag des Bundesrates auf Ablehnung der Initiative zu.

**M. Gassmann:** Contrairement à la proposition de la majorité de la commission, je vous suggère d'accepter l'initiative. Selon l'Institut international de recherches pour la paix, à Stockholm, le monde a dépensé 500 milliards de dollars pour les armes en 1980. Les prévisions d'évolution sont optimistes, soit 903 milliards pour l'an 2000. A travers le monde, 50 millions de personnes sont directement liées aux activités militaires. Un demi-million de chercheurs passent leur temps à étudier de manière rigoureusement scientifique les moyens les plus appropriés de détruire le monde et de faire la guerre.

Les nationalismes renaissent partout, à l'Est comme à l'Ouest. L'exploitation du tiers monde continue de se développer et le péril atomique recouvre finalement tout cela. Au moment où les injustices sociales, les crises économiques et financières, l'inflation, le chômage deviennent les sujets d'inquiétude des pouvoirs politiques, la fabrication, la vente, le trafic d'armes restent extrêmement prolifiques. La Suisse vit encore aux portes de l'abondance, mais, chez nous aussi, l'armement devient un moyen de défense économique. Le 50 pour cent du programme de relance que nous discuterons demain ira à l'armement et à la protection civile. C'est dans ce contexte que nous devons, une fois de plus, parler de la place que nous réservons, chez nous, aux objecteurs de conscience.

En 1903, la condamnation à trois mois de prison du pacifiste Charles Naine, pour objection, a été le coup d'envoi à de nombreuses interventions au niveau fédéral sur ce thème. En 1972, on l'a déjà relevé, 62 000 signataires lancent l'initiative de Münchenstein, acceptée par le Parlement et par le Conseil fédéral. C'est d'ailleurs contre l'avis de sa commission que le Conseil des Etats décida, le 18 septembre 1973, de soutenir l'initiative. Il y a lieu de constater qu'à ce moment-là existait une volonté incontestable de trouver une solution à ce problème. Soumise au peuple en 1977, l'initiative de Münchenstein a été refusée, mais avec un résultat très honorable pour ses défenseurs. L'initiative que nous avons à traiter aujourd'hui est cependant lancée et déposée en décembre 1979.

Ce bref rappel historique montre à quel point certaines idées restent d'actualité, et combien ceux qui les portent, les propagent et les défendent sont prêts à reprendre périodiquement le combat, à bousculer les dispositions légales ou constitutionnelles pour mettre en évidence un anachronisme tenace qu'ils voudraient bien, une fois pour toutes, supprimer.

Il faut le rappeler, la Suisse reste un des seuls pays d'Europe à mettre les objecteurs en prison. Cette situation aussi, à l'égard de la communauté internationale, est devenue indéfendable. Les résolutions du Conseil de l'Europe – on l'a déjà dit – nous poussent à agir pour sortir d'une situation gênante. Nos tribunaux militaires deviennent indéfendables, alors qu'ils appliquent, notamment depuis 1970, des peines de plus en plus sévères. Pourtant, le nombre d'objecteurs ne cesse d'augmenter, il s'élève à 800 environ en 1982. L'emprisonnement n'apporte donc aucune solution acceptable et définitive.

Une fois de plus, l'initiative formule des propositions qui devraient, en fait, permettre à chaque Suisse de servir la collectivité selon sa conscience, parce que telles sont bien les intentions de ceux qui la présentent. Pour eux, mettre une partie de la jeunesse au service du tiers monde, de la lutte contre les catastrophes, de l'écologie, de la protection de l'environnement c'est, en même temps que servir son pays – exigence fondamentale – être aussi utile à la paix, pour reprendre un slogan qui se répand.

Pas d'antimilitarisme primaire, pas question de remettre en cause la défense armée du pays! Voilà comment interpréter l'alinéa 2 de l'article constitutionnel proposé. Cependant, ces notions paraissent trop vagues, trop généreuses, donc trop idéalistes à l'Etat-major et à M. Chevallaz.

Le projet d'article constitutionnel prévoit que la durée du service civil sera une fois et demie celle de la totalité du service militaire refusé. Ceux qui soutiennent l'initiative montrent une volonté de compromis. Ils veulent d'emblée évacuer les éventuels profiteurs ou tire-au-flanc. La déroboade, accusation habituelle, ne serait pas de mise. C'est pourtant le DMF lui-même qui donne le mauvais exemple. Nous avons reçu hier un communiqué de presse dudit département traitant de la révision partielle de la loi fédérale sur l'organisation militaire. On peut y lire que cette révision a pour but, entre autres et heureusement, d'autoriser l'assimilation à un service d'instruction, la participation à des concours internationaux de sport militaire. Champions de ski? Exemption. Objecteurs? Punition!

Au sujet d'un contre-projet éventuel, ni le Conseil fédéral ni le Conseil des Etats ne semblent proposer une telle solution. Il conviendra donc de se battre. Nous pensons finalement que c'est peut-être bien ainsi. C'est d'ailleurs l'avis des milieux qui ont lancé l'initiative et qui – je le rappelle – ne se trouvent pas tous situés à gauche, puisqu'il y a parmi eux beaucoup de gens d'égglise, et notamment le Mouvement des jeunes PDC.

Nous croyons que l'idée de la mise en place d'un service civil bénéficie d'une faveur croissante dans la population. Les jeunes, souvent, très souvent fervents soldats, comprennent de moins en moins qu'on mette encore «au trou» leurs camarades objecteurs. Sans les approuver, ils sont, je crois, prêts à les comprendre et, donc, à les défendre. C'est ce que nous leur demanderons de faire, le moment

venu, et c'est la raison pour laquelle je vous propose de modifier l'arrêté du Conseil fédéral tel qu'il nous est présenté et de prévoir à l'article 2: «Le peuple et les cantons sont invités à accepter l'initiative.»

**M. Reymond:** L'initiative «pour un authentique service civil fondé sur la preuve par l'acte» se distingue du texte de celle de Münchenstein, refusée à l'unanimité des cantons en 1977, d'abord par le fait que dans l'appréciation du refus de servir, elle ne privilégie pas le religieux au détriment du politique. En cela, elle part de l'idée que les motivations diverses qui se fondent dans la conscience sont un tout indivisible, opinion que, quant à moi, je partage. Il n'est donc plus question, comme avec Münchenstein, de sonder les cœurs et les consciences pour tenter tout d'abord de déterminer les motifs exacts du refus, et pour examiner ensuite la conformité de ces motifs avec des critères légaux qui devront conduire à orienter les objecteurs soit vers un service civil, soit devant les tribunaux.

Avec la nouvelle initiative, le critère unique consiste en la durée plus longue que l'objecteur, politique ou religieux, peu importe, accepterait de consacrer à autre chose qu'à l'armée. C'est la «preuve par l'acte»; puisqu'on consacre plus de temps, cela suffit, il n'y a rien d'autre à démontrer!

Il n'y a dès lors plus aucun doute à avoir: l'initiative laisse ainsi et en définitive, le libre choix entre le service militaire et le service civil. Elle supprime donc ni plus, ni moins, l'obligation générale de servir. En instituant ce libre choix, elle crée le volontariat et supprime du même coup notre système ancestral d'armée de milice.

En fait, nous sommes en présence d'une initiative qui dépasse très largement le problème du refus de servir et qui remet en cause de manière fondamentale toute notre conception de la défense nationale, du citoyen soldat, du «peuple en armes». C'est pour cela, très fondamentalement, qu'elle n'est pas acceptable. Cette conception particulière à notre pays porte en elle-même des exigences que l'on ne peut comparer avec aucun autre pays du monde. Trois remarques générales dont la première est quasi banale s'imposent à ce sujet.

D'abord, la participation à la défense armée du pays comporte de toute évidence de multiples désagréments ou souffrances pour chacun, aussi bien d'ordre moral que matériel. La garantie de notre indépendance exigeant l'obligation de servir, il me paraît nécessaire et équitable qu'elle soit imposée à tous les hommes valides, sans exception. Le refus de porter l'uniforme et de participer sous une forme quelconque, y compris le service sanitaire non armé, à l'exercice de la violence qu'exigerait peut-être la protection de nos familles et de nos biens m'apparaît comme une manifestation d'égoïsme ou de présomption. Ceux qui bénéficient de la sécurité et de la paix procurées par la défense du pays se doivent d'y contribuer au même titre que leurs concitoyens.

D'autre part, l'institution d'une contrainte autre que le service militaire, mais pour d'autres buts, soit le service civil, constituerait à mes yeux un précédent dangereux. Seule, la défense militaire du pays exige et justifie une telle atteinte à la liberté du citoyen. Les autres services publics peuvent et doivent fonctionner en faisant usage de méthodes économiques et de cadres juridiques civils, et respectueux de l'autonomie et du libre choix professionnel et politique de chacun.

L'institution d'un service de remplacement qui deviendrait obligatoire pour certains, mais autre que militaire, conduirait par ailleurs à la longue les autorités, avec l'approbation de ceux qui répugnent naturellement à certains aspects du service militaire, à en transformer la nature subsidiaire pour se donner en fin de compte le pouvoir d'incorporer les conscrits dans l'un ou l'autre service, selon les besoins du moment.

Enfin, le libre choix prévu par les auteurs de l'initiative ne résout pas le problème du refus de servir. En effet, bon nombre d'objecteurs ne sont pas prêts d'accepter un service civil en faveur de l'Etat et cela pour des raisons autres

que religieuses, pour des raisons politiques ou éthiques qui leur sont propres. Le régime actuel, avec en particulier l'expérience en cours dont on attend les résultats en matière de service militaire non armé, donne meilleure satisfaction pour le moment.

C'est dans ces sentiments que je vous recommande avec le Conseil fédéral de proposer au peuple et aux cantons, de refuser l'initiative populaire «pour un authentique service civil fondé sur la preuve par l'acte».

**Guntern:** Herr Gassmann hat sicher recht, wenn er sagt, dass das Problem der Dienstverweigerung nicht gelöst sei. Das beweisen nicht nur die Zahlen, die vorhin vom Präsidenten der Kommission aufgeführt worden sind, die steigende Zahl der Dienstverweigerer im Jahre 1982 und die Gesuche für den waffenlosen Militärdienst, sondern es gibt noch eine dritte Kategorie, die es zu berücksichtigen gilt, nämlich jene, die auf dem sogenannten «blauen Weg», d. h. über ein psychiatrisches Gutachten, ausgemustert werden. 1977 haben wir versucht, dieses Problem zu lösen, und mussten zur Kenntnis nehmen, dass diese Vorlage am 4. Dezember 1977 vom Volk sehr massiv verworfen worden ist. Ich kann Ihnen sagen, dass sich die CVP diesbezüglich als gebranntes Kind vorfindet. Sie hat schliesslich als einzige Partei die Vorlage unterstützt, die aufgrund der Mündchensteiner Initiative ausgearbeitet worden war. Wir standen – wenigstens als Partei – am Schluss ziemlich allein. Das ist selbstverständlich nicht der Grund, warum wir diese Initiative heute nicht annehmen können, sondern es gibt andere, meiner Ansicht nach wichtigere Gründe.

Der erste Grund liegt eher im Formellen, nämlich darin, dass diese Initiative bereits 1977 lanciert worden ist, also vor der Abstimmung vom 4. Dezember 1977. Bei der Formulierung dieser Initiative konnte daher auf die Motive, die zur Verwerfung der Vorlage 1977 geführt haben, überhaupt nicht Rücksicht genommen werden.

Zweitens ist die Initiative so formuliert, dass sie mit Sicherheit scheitern muss; denn sehr viele Befürworter von 1977 werden sich für die neue Initiative nicht begeistern können und sie daher auch nicht unterstützen. Der Hauptgrund der Ablehnung liegt allerdings beim Prinzip der freien Wahl, das durch diese Initiative eingeführt werden soll. Der Dienstverweigerer muss nicht mehr begründen, warum er einen Zivildienst leisten will. Damit gibt der Staat die Organisation seiner Verteidigung in die Hände des einzelnen Individuums. Es ist der einzelne, der schliesslich entscheidet, ob er sich dem Staat zur Verfügung stellen will oder nicht. Es scheint mir, dass die Frage Militär- oder Zivildienst nur soweit ins freie Ermessen, in die freie Wahl des einzelnen gestellt werden darf, als die Bedürfnisse des Staates dabei nicht vernachlässigt werden.

Darf ich auch feststellen, dass zwar in den meisten europäischen Ländern tatsächlich ein Zivildienst existiert, dass aber nirgends nur aufgrund des Tatbeweises allein der Militärdienst verweigert werden kann; in allen diesen Ländern wird auch heute noch die Begründung in einem Gewissenskonflikt verlangt.

In der Bundesrepublik Deutschland wurde 1977 eine Lösung eingeführt, wonach der Wehrpflichtige sich durch eine einfache Erklärung zwischen der Bundeswehr oder dem Zivildienst entscheiden konnte. Aber diese sogenannte «Postkartenregelung» löste ein sprunghaftes Anwachsen der Zahl der Wehrdienstverweigerer aus. Plötzlich gab es viel mehr junge Leute, die den Militärdienst nicht mehr leisten wollten. Ein Jahr später, 1978, setzte das Bundesverfassungsgericht diese Postkartenlösung ab, weil sie mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei. Gestützt darauf hat man auch in der Bundesrepublik Deutschland das mündliche Prüfungsverfahren wiederum eingeführt. Man sucht nun eine neue Lösung, indem eine längere schriftliche Erklärung verlangt wird und nur in Zweifelsfällen noch eine mündliche Überprüfung stattfindet. Eine Lösung, wie wir sie heute zu diskutieren haben, nämlich eine Befreiung vom Militärdienst allein aufgrund des Tatbeweises, gibt es meines Wissens in keinem europäischen Staat.

Hinzu kommt die grosse Schwäche dieser Initiative, die Umschreibung des Zivildienstes. Die Konturen dieses vorgeschlagenen Zivildienstes sind allzu vage. Es ist schwer zu erkennen, wo er beginnt und wo er aufhören könnte. Die Zielsetzungen des Zivildienstes, die Friedensförderung, und die Struktur des vorgeschlagenen Zivildienstes – private oder öffentliche Organisationen, wobei dem Bund lediglich die Koordination und die Bezahlung zufällt – sind so vage formuliert, dass der Zivildienst nach dem Vorschlag der Initiative fast in jeder Art geleistet werden könnte.

Ich bin der Auffassung, dass wir zu diesem Problem eine mehrheitsfähige Formel noch nicht gefunden haben, eine Formel, die auch praktisch durchgeführt werden kann und die vom Volk angenommen wird. Es scheint mir daher besser zu sein, dass wir diese Vorlage dem Volk ohne Gegenentwurf unterbreiten. Ich halte es allerdings für falsch, das ganze Problem auf die Totalrevision der Bundesverfassung zu verschieben. Das ist etwas weit weg. Wir müssen das Resultat der kommenden Abstimmung abwarten, und erst anschliessend können neue Lösungen gesucht werden.

**Matossi:** Im Jahre 1977 haben Volk und Stände den Bundesbeschluss über die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes deutlich abgelehnt. Die neue Volksinitiative vom Dezember 1979 geht in ihren Forderungen nach einem freien Wahlrecht weit über die bisherigen Vorstellungen eines Ersatzdienstes hinaus. Sie stellt die allgemeine Wehrpflicht in Frage.

Ohne auf Details einzutreten, nehme ich kurz zu drei Fragegruppen Stellung:

1. Die Hearings in der Kommission über die Gestaltung eines zivilen Ersatzdienstes. In den Kommissionsberatungen brachten die Hearings keine neuen Aspekte. Uns interessierte vor allem die Frage nach der Gestaltung eines Zivildienstes. Die Initianten sprechen in ihren Erläuterungen zum Initiativtext unter anderem von folgenden Möglichkeiten: Schaffung menschenwürdiger Verhältnisse, ausser-schulische Erziehung, Tätigkeit in Randgruppen, Arbeit in Begegnungszentren und Studium der Problematik von Frieden und Gewaltlosigkeit. Auf unsere Fragen an die Hearing-Teilnehmer, was sie sich unter diesen recht verschwommenen Zielsetzungen eigentlich konkret vorstellen, erhielten wir keine Antwort oder höchstens den Hinweis, das sei dann Sache der Gesetzgebung.

2. Vom Herrn Kommissionspräsidenten und von verschiedenen Votanten wurde auf die neue Verordnung über den waffenlosen Dienst hingewiesen. Die Initianten haben überhaupt nicht davon Kenntnis genommen, auch nicht in ihren späteren Verlautbarungen – nicht nur in ihren Erläuterungen zu ihrem Initiativtext –, dass seit dem 1. Januar 1982 eine neue Verordnung in Kraft ist, welche den Militärdienstpflichtigen die Möglichkeit gibt, Dienst ohne Waffe zu leisten.

3. Europarat und Dienstverweigerung. Auf Glatteis begehen sich die Initianten mit ihren bereits einmal zitierten Erläuterungen zum Initiativtext, wenn sie zur Unterstützung ihrer Begehren die Resolution des Europarates über das Recht auf Dienstverweigerung aus dem Jahre 1967 anrufen. Sie erzielen damit einen veritablen Pfostenschuss. Es heisst nämlich in dieser Resolution unter dem Titel «A. Grundsätze»: «Menschen, die verpflichtet sind, Militärdienst zu leisten, welche sich aber aus Gewissensgründen usw. weigern, bewaffneten Dienst zu leisten, sollen in den Genuss eines Rechtes kommen, das sie von der Pflicht eines solchen – nämlich eines bewaffneten Dienstes – befreit.» Diese Formulierung deckt sich fast wörtlich mit unserer Verordnung über den waffenlosen Dienst. Dort heisst es im Artikel 1, im Grundsatz: «Wehrpflichtige, die aus religiösen oder aus ethischen Gründen durch den Gebrauch einer Waffe in schwere Gewissensnot kommen, können ohne Waffe Militärdienst leisten.»

Das wären meine kurzen Ausführungen. Wir finden es richtig, dass der Bundesrat auf einen Gegenvorschlag verzichtet, und unterstützen seinen Antrag, dem Volk und den Ständen Verwerfung der Initiative zu empfehlen.

**Frau Lieberherr:** Soll ein junger Mann, der es vor sich und vor anderen nicht verantworten kann, eine Waffe zu tragen oder diese sogar gegen einen Menschen zu richten, der andere Formen der Friedenssicherung verfolgt und deshalb den Militärdienst verweigert, soll der im Gefängnis landen? Auf diese einfache Formel reduziert, bewegt die grundsätzliche Frage der Dienstverweigerung junge und ältere Mitbürger, Männer wie Frauen. Die meisten der Sympathisanten stehen voll hinter unserer Milizarmee, weil sie aus persönlicher oder vermittelter Erfahrung um die nationalen Aggressionen wissen, die oft allzu rasch in Angriffe umschlagen können. Freiheit als sittliches Gut musste in der Vergangenheit und wird auch in der Zukunft im Ernstfall mit Waffengewalt verteidigt werden müssen. Wer diese Aufgabe übernimmt und sich darauf in harter Arbeit und unter Verzicht auf angenehmere Dinge vorbereitet, soll respektiert werden. Ist aber derjenige ein vaterlandsloser Geselle, der dies nicht tun kann? Was einer Frau zugestanden wird, die sich ihrem Land genauso verbunden und verpflichtet fühlt wie männliche Bürger, sollte auch einem Mann als Recht zugebilligt werden.

Dies ist der Grund, warum ich für den Zivildienst eintrete. Die Diskussion um einen verantwortbaren Zivildienst ist seit der Abstimmung über die Münchensteiner Initiative in unserem Lande nie verstummt, und insbesondere die junge Generation wartet auf eine Lösung dieses Problems. Die Befürchtungen, durch einen Zivildienst würde unsere Armee geschwächt, ja sogar vielleicht in Frage gestellt, kann ich nicht teilen. Die Gewissheit, für die Sicherheit unseres Landes Verteidigungsarbeit leisten zu können, die Möglichkeit der Aus- und Weiterbildung, das Erwerben von Führungseigenschaften und die Einübung der Teamarbeit im kameradschaftlichen Gruppenverband in der Armee werden von der grossen Mehrheit der jungen Männer als positive Herausforderung empfunden. Wer unserer Armee kritisch gegenübersteht, kann dies auch als Angehöriger derselben tun: Kritik ist nicht gleich Negation.

Die von den Initianten vorgeschlagene Lösung ist sicher nicht ausgereift. Der Grundgedanke hätte es aber verdient, als Impuls für die Ausarbeitung eines Gegenvorschlages zu dienen. Mit dem Entscheid, die Initiative abzulehnen, ohne eine andere Lösung aufzuzeigen, tragen wir nichts Konstruktives zur Enthärtung der Fronten in dieser Frage bei. Noch ein paar Gedanken zur Frage der Form des Zivildienstes, wie er hier in der Vorlage der Initiative ausgearbeitet wurde: Von verschiedenen Votanten wurde heute morgen in Frage gestellt, ob die Ausgestaltung des Zivildienstes im vorgeschlagenen Rahmen überhaupt realisierbar und praktikabel sei und ob auch die Kontrolle der Arbeit im Zivildienst gewährleistet wäre. Ich weiss, dass auch bezweifelt wird, ob sogar genügend geeignete Zivildienstplätze angeboten werden könnten. Die Initianten sehen insbesondere Möglichkeiten des Einsatzes in sozialer Arbeit vor. In Anbetracht des grossen Mangels an Betreuern im sozialen Bereich wäre der Einsatz von Zivildienst leistenden Männern in der geschlossenen und offenen Sozialfürsorge sehr erwünscht. Ich habe überhaupt keine Bedenken, dass diesbezüglich nicht gute und genügend Plätze, auch bei der öffentlichen Hand, angeboten werden könnten. Auch die Frage der Kontrolle scheint mir kein wesentliches Problem zu stellen. Ich habe mich bei Besuchen in Deutschland und Österreich zu verschiedenen Malen davon überzeugen können, mit welchem Ernst und welcher Hingabe der Zivildienst in Sozialinstitutionen geleistet wird.

Ich denke da vor allem an die Arbeit in Pflegeheimen, in Spitälern, aber auch in Institutionen mit behinderten oder kranken Kindern. Eine derartige Arbeit ist vielleicht körperlich nicht so schwer wie die Arbeit im Militärdienst; trotzdem ist sie als gleichwertiges Opfer zu betrachten. Ich würde es als falsch betrachten, wenn man diese Form des Einsatzes nicht als gleichwertige solidarische Leistung betrachten wollte wie die Arbeit im Militärdienst.

Die Frage, ob es richtig ist, bereits nach fünf Jahren (seit der Abstimmung über die Münchensteiner Initiative) wieder mit einer Vorlage vors Volk zu treten, möchte ich in dem

Sinne beantworten: dieses Problem ist derart brisant, dass man sicher nach einer bestimmten Zeit auch vom Volke her eine entsprechende Abstimmung bejaht. Ob man die Vorlage dann annimmt, ist eine andere Frage. Aber es scheint mir wichtig, dass die Diskussion wieder in Gang gebracht wird.

Aus diesem Grund begrüsse ich den Antrag von Herrn Gassmann. Er geht dahin, dass man dem Volk und den Ständen die Annahme der Initiative beantragt, und ich bitte Sie, dem Antrag Gassmann zuzustimmen.

**Schmid:** Diese Volksinitiative zielt darauf ab, jene Dienstverweigerer von der militärischen Dienstpflicht zu befreien, die anstelle des militärischen Dienstes einen zivilen Ersatzdienst leisten. Mit dieser Zielsetzung widerspricht die Initiative geltendem Verfassungsrecht; sie rührt an einen Grundsatz des eidgenössischen Wehrwesens und geht weit über das hinaus, was zu einer sachgerechten und auch menschengerechten Regelung des Dienstverweigererproblems erforderlich ist. Diese Initiative ist deshalb gemäss Antrag von Bundesrat und Kommission Volk und Ständen mit dem Antrag auf Ablehnung vorzulegen.

Es ist bereits mehrfach darauf hingewiesen worden, dass Artikel 18bis (der Vorschlag dieser Initiative) dem geltenden Verfassungsrecht widerspricht. Artikel 18 Absatz 1 der Bundesverfassung bestimmt, dass jeder Schweizer wehrpflichtig ist. Dieser Grundsatz von Artikel 18 Absatz 1 würde seines Sinnes entledigt, wenn Artikel 18bis zum Verfassungsrecht erhoben würde. Es wäre dann eben nicht mehr jeder Schweizer wehrpflichtig, sondern nur noch jener, der sich dieser Pflicht freiwillig unterziehen will. Die Wehrpflicht wäre keine verfassungsmässige Pflicht mehr, sondern eine in freiem Entschluss begründbare Pflicht all jener, die von ihrem Wahlrecht in dieser Richtung Gebrauch machen. Artikel 18 Absatz 1 und Artikel 18bis der Bundesverfassung sind miteinander unverträglich, und die Frage ist zumindest erlaubt, ob diese Initiative nicht überhaupt als materiell unzulässig zu erklären wäre.

Im Klartext: Die Initiative hat zum Inhalt, die allgemeine Wehrpflicht, wie sie in Artikel 18 Absatz 1 der Bundesverfassung zugrunde gelegt ist, aufzuheben. Dieses und gar nichts anderes wäre die Konsequenz der Annahme dieser Initiative. Daher würde Artikel 18bis auch einem Grundprinzip – und auch darauf ist hingewiesen worden – unserer eidgenössischen Wehrverfassung widersprechen. Die allgemeine Wehrpflicht, die zu einem grossen Milizheer führt, ist der beredete Ausdruck dafür, dass die Armee nicht irgendeine Sicherheit produzierendes Bundesamt ist, sondern eine Volksarmee im wahrsten Sinne des Wortes.

Wir leben in der Schweiz mit der Auffassung und mit der Überzeugung, dass die Freiheit von uns Bürgern und dass die Unabhängigkeit unserer Eidgenossenschaft vom bewaffneten Volk selbst zu verteidigen ist. Diese Identität zwischen Volk und Armee ginge bei Preisgabe des Prinzips der allgemeinen Wehrpflicht verloren; ein Verlust, den ich nicht verantworten möchte.

Die freie Wahl zwischen Militärdienst und Zivildienst vernachlässigt im übrigen, dass diese Eidgenossenschaft auch moralisch einen begründeten Anspruch darauf hat, dass jeder Schweizer seine Zeit, seine Kräfte und im Extremfall auch sein Leben für die Freiheit und Unabhängigkeit des Staates einsetzt. Wer sich diesem staatlichen Anspruch nicht unterziehen will, darf das nicht einfach so tun. Er muss vielmehr höherwertige Gründe hierfür ins Feld führen können. Als solche würde ich ohne weiteres eine schwere Gewissensnot aus religiösen und ethischen Beweggründen gelten lassen. Es kann aber nicht in Frage kommen, zum Beispiel jenen aus der Bürgerpflicht zu entlassen, der seinen Dienst verweigert, weil er diesen Staat als nicht verteidigungswürdig oder gar für umsturzbedürftig hält; wer nicht Militärdienst leisten will, weil er gegen diesen Staat ist, verdient keine Privilegierung.

Hier kommt die Krux der ganzen Vorlage: der Tatbeweis soll die Offenlegung der Beweggründe ersetzen. Gewissensprüfung wird abgelehnt; ein Gewissensentscheid – so wird

gesagt – sei nicht justiziabel. Ich bitte Sie: Wer in der Justiz tätig ist, hat mit Schuld- und inneren Beweggründen tagtäglich zu tun. Wir haben nach wie vor ein Schuldstrafrecht. Wir nehmen es hin, dass der Richter im Strafrecht die persönliche Verantwortlichkeit eines Täters beurteilt. Wir nehmen es hin, dass der Richter im Strafrecht das Strafmass nach dem Verschulden bestimmt. Dort, im bürgerlichen Strafrecht, muss die Prüfung der inneren Verhältnisse eines Menschen möglich sein. Hier, im Bereiche der Dienstverweigerung, soll das nicht möglich sein. Die Gewissensprüfung ist hier so gut wie dort möglich. Das Gegenteil behaupten muss nur der, der zum vornherein weiss, dass seine Gründe eben so gelagert sind, dass sie zur Dispensierung vom Militärdienst nicht tauglich sind. Es ist sehr wohl zu unterscheiden zwischen solchen, die diesen Staat nicht mit Waffengewalt verteidigen wollen, weil sie überhaupt gegen jede Gewalt sind, und solchen, die bloss diesen Staat nicht verteidigen wollen. Letztere zu privilegieren – ich wiederhole es –, geht nicht an.

Zum Schluss noch ein Wort zu den Dienstverweigerern aus Gewissensgründen. Ich bin durchaus der Auffassung, dass beförderlichst eine befriedigende Lösung wird gefunden werden müssen, die in einer einfachen Revision des Militärstrafgesetzes bestehen könnte. Auch wenn nun hier kein Gegenvorschlag präsentiert wird (aus den verschiedensten Gründen), dispensiert das den Bundesrat und uns nicht, dieses Problem in allem Ernste anzugehen.

Ich beantrage Ihnen, Bundesrat und Kommission zuzustimmen.

**Munz:** Ich gehöre, wie Sie wahrscheinlich nicht anders erwarten, zur Kommissionsmehrheit. In unserer Bundesverfassung steht in Artikel 18 Absatz 1 der lapidare Satz: «Jeder Schweizer ist wehrpflichtig.» Ich bin der Meinung, es handle sich dabei um einen fundamentalen und tragenden Grundsatz für unsere Volksgemeinschaft. Diesen Grundsatz will man mit der Initiative schlicht und einfach aufheben. Es spielt keine Rolle, dass es, wie die Initianten behaupten, sowieso nur wenige gäbe, die den Wehrdienst verweigern würden. Wesentlich ist, dass der Grundsatz durchlöchert würde, dass jeder selbst wählen könnte, was er tun will.

Man darf die Bedeutung unserer Armee als Institution nicht unterschätzen. Sie ist das einzig wirksame Instrument für unsere Friedenssicherung gegen aussen. Daneben bildet die Armee, gerade weil sie eine Volksarmee ist – wie Kollega Schmid richtig ausgeführt hat –, einen wesentlichen Integrationsfaktor für unsere Volksgemeinschaft, der nicht unterschätzt werden darf. Wir alle wissen es, die gemeinsame Primarschule, der sich jeder unterziehen muss, und der gemeinsame Militärdienst, dem sich jeder unterziehen muss, sind wesentliche Integrationsfaktoren für unsere Volksgemeinschaft. In bezug auf die Armee gilt das mindestens für die Männer. Die Frauen werden dann durch die Männer integriert; so hoffen wir wenigstens.

Man übersieht das Problem der Dienstverweigerer, insbesondere der Dienstverweigerer aus Gewissensgründen, ganz gewiss nicht. Aber die Tendenz, dieses Problem aufzubauchen und in seiner Bedeutung viel höher einzustufen, als es tatsächlich ist, besteht auch. Rein zahlenmässig gesehen: Jedes Jahr absolvieren 25 000 bis 30 000 junge Männer die Rekrutenschule. Wir haben festgestellt, dass sich etwa 500 oder 600 dem Militärdienst entziehen wollen; etwa die Hälfte davon vielleicht aus Gewissensgründen, die anderen einfach deshalb, weil es unbequem ist, Militärdienst leisten zu müssen, oder weil sie sich als etwas Besseres vornehmen. Also muss man doch aufpassen, dass man dieses Problem nun nicht zu einem Problem erster Grössenordnung in unserem Lande emporstilisiert.

Man hat nicht nur mit der Vorlage von 1977 versucht, eine Lösung für die Dienstverweigerer aus Gewissensgründen zu finden. Man hat, nachdem dieser Versuch an der Volksmeinung und an der Meinung der Stände gescheitert war, sich bemüht, einen waffenlosen Militärdienst zu schaffen, und man hat das mit Erfolg getan. Aber von einem waffenlo-

sen Militärdienst wollen die Initianten nichts wissen. Doch ist es eben nicht so, dass einer, der aus Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten will, nur die Alternative hat, bestraft zu werden. Er kann waffenlosen Militärdienst leisten, aber das setzt voraus, dass er sich mindestens dieser Ordnung unterzieht und sich nicht davon dispensieren will. Wenn man das auch nicht will, dann bleibt eben letzten Endes nur der Weg über die Justiz. Aber ich glaube, das verlangt auch die Rechtsgleichheit allen anderen gegenüber, die den Militärdienst leisten. Es ist eine Illusion zu glauben, dass alle anderen, die in den Militärdienst einrücken, das nur mit Begeisterung und mit Enthusiasmus tun. Die grosse Zahl von ihnen tut es, weil sie es akzeptieren als eine Bürgerpflicht in diesem Lande. Gott sei Dank ist das so.

Wenn man den Text der Initianten liest, sieht man schon, wohin die Sache laufen soll. Aus der Art und Weise, wie der Zivildienst geleistet werden können soll, sieht man, dass man sich einfach allem und jedem entziehen will. Es heisst hier wörtlich: «Der Zivildienst vollzieht sich im Rahmen öffentlicher und privater Organisationen und Institutionen, die seinen Zielsetzungen entsprechen. Koordination und Aufsicht obliegen dem Bund.» Es sind also private Organisationen irgendwelcher Art als Träger dieses Zivildienstes vorgesehen. Es ist auch nicht vorgesehen, dass dieser Zivildienst in der Schweiz absolviert werden muss. Dieser Zivildienst könnte irgendwo auf dem Globus absolviert werden. Wo bleibt da die Kontrolle? Nur schon diese Frage aufzuwerfen, beantwortet sie auch.

Man wirft uns auch vor, wir seien gegenüber dem Ausland in der Lösung dieser Frage rückständig. Der Versuch, sich an ausländischen Lösungen oder Lösungsversuchen des Dienstverweigererproblems zu orientieren, ist nutzlos und ist abzulehnen. Unsere Armee ist unsere Armee, und unsere Armeeorganisation ist unsere Armeeorganisation. Wir haben sie auch nirgends abgeschaut, sondern wir haben eine Lösung *sui generis* gefunden, die sich bestens bewährt hat. Man kann nicht Dinge, die nicht zu vergleichen sind, plötzlich miteinander vergleichen wollen.

Diese Initiative bildet in meinen Augen einen klaren Verstoß gegen die Rechtsgleichheit. Ich sage noch einmal, ein Lösungsversuch lag vor, das war auch der vorweggenommene mögliche Gegenvorschlag zu dieser Initiative, nämlich die Vorlage von 1977. Nachdem sie eindeutig abgelehnt worden ist, ist es undenkbar, dass wir heute praktisch eine gleiche Vorlage dem Volk und den Ständen wieder unterbreiten.

Auch aus diesem Grunde ist ein Gegenvorschlag abzulehnen. Wir müssen hier klare Verhältnisse schaffen, indem wir auf dem Grundsatz beharren, dass jeder Schweizer wehrpflichtig ist und dass daran nicht gerüttelt werden darf.

**Piller:** Wenn ich die Pressemitteilungen über die stattgefundenen Fraktionssitzungen unseres Parlaments richtig interpretiere, sind die Positionen zur vorliegenden Volksinitiative unverrückbar bezogen. Auch die heutige Debatte wird daran wohl nichts mehr ändern.

Ich finde dies an sich sehr schade, weil ich überzeugt bin, dass es unserem Lande gut anstehen würde, dieses Problem endlich einer befriedigenden Lösung zuzuführen. Meines Erachtens hat es sich der Bundesrat etwas zu leicht gemacht, indem er die Möglichkeit eines Gegenvorschlages nicht ernsthaft prüfte. Wenn mich auch die Formulierung der Initiative nicht restlos befriedigt, werde ich ihr heute trotzdem zustimmen, weil keine Alternative vorliegt. Ein Nein könnte ich in Anbetracht der gesamten Dienstverweigererproblematik mit meinem Gewissen nicht vereinbaren. Ich hatte im vergangenen Jahr Gelegenheit, mich eingehend mit dieser Problematik zu beschäftigen, weil ein junger Mann aus dem engeren Bekanntenkreis meiner Familie nach Absolvierung der Rekrutenschule und zweier Wiederholungskurse jeglichen Militärdienst verweigerte. Diskussionen mit diesem jungen Mann zwangen mich, das Niveau der Schlagwörter und Pauschalurteile zu verlassen und mich eingehender und vertiefter mit der Sache zu beschäfti-

gen. Erkenntnisse und Einsichten führten mich zu den Befürwortern eines auf dem Tatbeweis beruhenden Zivildienstes.

Wir müssen von der unbestreitbaren Tatsache ausgehen, dass in unserem Lande jährlich einige hundert, vorwiegend junge Menschen den Militärdienst verweigern und dafür mit Gefängnis oder Haft bestraft werden. Die Beweggründe, die bei diesen jungen Menschen zur Militärdienstverweigerung führen, sind wohl recht vielschichtig, können aber meines Erachtens in den seltensten Fällen mit Drückebergerei abgetan werden. In vielen Diskussionen erhielt ich den Eindruck, dass nebst religiösen und ethischen Gründen vorwiegend eine tiefe Sorge um die Zukunft der Menschheit vorliegt. Dieser Sorge muss in Anbetracht der politischen Spannungen auf dieser Erde und mit Blick auf das unermessliche Vernichtungspotential zumindest Verständnis entgegengebracht werden. Weltweit macht sich diesbezüglich ein wachsender Pessimismus breit, und Resignation hat sich bis in oberste Regierungskreise eingeschlichen. Schriftsteller, Philosophen und Wissenschaftler tragen ebenfalls das ihre dazu bei, dass unsere Jugend nicht mehr so recht an die Zukunft glauben mag und dass sie auch an der Armee als Überlebensgarant zu zweifeln beginnt. Müssen wir in Anbetracht der weltweiten Probleme für diese Sorgen, für diese Befürchtungen nicht Verständnis aufbringen? Diese Sorgen führen heute nicht nur zur vermehrten Dienstverweigerung, sie führen auch zu einer erschreckend hohen Zahl von Selbstmorden. Leider wurde diese Tatsache bis heute immer wieder erfolgreich aus öffentlichen Diskussionen verdrängt. Man weiss es, aber man spricht nicht darüber. Wir führen Statistik über die Verkehrsunfälle und geben jährlich die Zahl der Verkehrstoten bekannt. Es ist eine hohe, eine viel zu hohe Zahl. Die Zahl der Selbstmordfälle wird vermutlich noch bedeutend höher liegen, und es sind dies vor allem junge Menschen. Diese Freitode müssten uns eigentlich wachrütteln; wir müssten uns immer wieder die Frage stellen, was wir eigentlich falsch machen. Wir haben eine steigende Zahl von Wehrdienstverweigerern. Wir haben eine steigende Zahl von Suiziden. Liegen die Ursachen nicht gemeinsam in der schwieriger gewordenen Suche nach dem Sinn des Lebens, in der möglichen Grosskatastrophe, in die die Menschheit hineinzuschlittern droht? Haben wir in diesem Saal Versammelten nicht auch wenigstens einen kleinen Teil der Verantwortung dafür zu übernehmen, weil dieser Zustand ja irgendwie und irgendwann geschaffen wurde?

Ich habe persönlich – angeregt durch den Fall einer Militärdienstverweigerung in meinem Bekanntenkreis – darüber nachgedacht und keine eindeutige Antwort auf diese Fragen gefunden. Ich kam aber davon ab, bei unseren Wehrdienstverweigerern von Drückebergern zu sprechen. Die Drückeberger finden sich kaum bei jenen, die aus Überzeugung ein Gerichtsverfahren und eine Gefängnisstrafe auf sich nehmen, die bereit wären, einen Zivildienst zu leisten, der anderthalbmal so lange sein müsste wie der Militärdienst. Ich habe während meiner Militärdienstzeit Drückeberger angetroffen. Es waren solche, die immer nur das absolut Notwendigste an Leistung erbrachten, die Kameradschaft so verstanden, dass sie immer die Kameraden arbeiten liessen. Die Verantwortlichen im EMD werden wohl auch zugeben müssen, dass sich hinter ärztlichen Gefälligkeitszeugnissen Einiges an Drückebergertum und Bequemlichkeit verbirgt. Ich habe mich schon des öfters gewundert, wie gewisse Leute, hie und da sogar aus sehr angesehenen Kreisen, aus ärztlichen und somit nicht allgemein bekannten Gründen ausgemustert wurden. Es würde mich freuen, wenn Herr Bundesrat Chevallaz diesbezüglich einige Angaben machen könnte. Wie viele junge Männer werden aus ärztlichen Gründen ausgemustert? Stimmt es, dass gewisse Kantone weit aus den Durchschnittswerten hervorstechen? Ich frage dies, weil ich der Meinung bin, dass auf solche Art die Probleme nicht gelöst werden können. Unser Land hat dank dem bewährten Milizsystem eine zahlenmässig grosse Armee. Wenn heute behauptet wird, die freie Wahl zwischen Militärdienst und Zivildienst könnte

unsere Armee in unverantwortbarer Weise schwächen, so zeugt dies von Unsicherheit der Verantwortlichen und von mangelndem Vertrauen unseren Bürgern gegenüber. Es würde auch heissen, dass viele, die heute ihren Militärdienst leisten, dies nicht mehr tun würden, wenn sie die Wahl hätten.

Ich habe letzte Woche meinen letzten Landwehrkurs absolviert. Ich gebe zu, dass ich nie mit grosser Freude Militärdienst leistete. Wer tut dies schon? Trotzdem müsste ich eine solche Verdächtigung zurückweisen: Wer glaubt, unsere Armee würde auseinanderbrechen, wenn der Zivildienst, basierend auf dem Tatbeweis, eingeführt würde, hat meines Erachtens ein gestörtes Vertrauensverhältnis zu den Bürgern unseres Landes. Wer aber zumindest einiges Verständnis für die geschilderten Beweggründe hat, die meines Erachtens zu den häufigsten Fällen der Dienstverweigerung führen, sollte eigentlich heute zustimmen. Es liegt dann an uns, den Zivildienst über die Gesetzgebung derart zu regeln, dass von jedem Militärdienstverweigerer ein echter Tatbeweis erbracht werden kann. Ich könnte nie einer gesetzlichen Regelung zustimmen, die den Militärdienstleistenden benachteiligen würde. Hier haben sich vielleicht die Initianten und ehrlich gesinnten Zivildienstbefürworter etwas zu wenig von Träumereien einzelner distanziert. Das Parlament und – über das fakultative Referendum – letztlich das Volk würden ja nach einer Annahme der vorliegenden Initiative die Ausführungsgesetzgebung bestimmen.

Dass dieser Zivildienst eine echte und grosse Leistung beinhalten müsste, erachte ich als selbstverständlich. Wenn wir bedenken, wie viele Arbeitskräfte heute in Spitälern, in Altersheimen, in Heimen für geistig und körperlich Behinderte und auch in der Heimpflege fehlen, finde ich es äusserst bedauerlich, dass jährlich einige hundert Leute im Gefängnis sitzen, die bereit wären, in diesen Bereichen zu arbeiten und die nach unserem Rechtsempfinden kaum als Verbrecher eingestuft werden können. Zivil- und Militärdienst haben meines Erachtens ihren Platz in unserem Staat. Geben wir diesen jungen Menschen eine Chance, mit Taten zu beweisen, dass sie bereit sind, im Dienste unseres Staates zu arbeiten, auch wenn sie diesen Dienst nicht in der Armee leisten wollen.

Darf ich zum Schluss noch folgende Bemerkung anbringen? Ich habe beim Studium dieser Vorlage auch Stellungnahmen kirchlicher Organisationen gelesen. Alle diese Stellungnahmen befürworten die Einführung des Zivildienstes. Warum haben diese Stimmen keinen Einfluss mehr? Sind die Verantwortlichen unserer Kirchen nur noch gut besoldete Zeremonienmeister, die gesellschaftliche und familiäre Ereignisse zu verschönern haben? Letzten Samstag hat Pfarrer Kessler, den ich nicht persönlich kenne, im «Wort zum Sonntag» auch über den Zivildienst gesprochen. Ich schloss aus seinen Worten, dass er heute hier in diesem Saale der Initiative zustimmen würde. Vermutlich wird dieser Pfarrer einen Verweis erhalten, statt dass man sich mit seinen Argumenten auseinandersetzen würde. Es wäre nicht das erstmal, dass Pfarrer und Theologen gerügt werden, weil sie aus religiöser Überzeugung zu politischen Fragen Stellung bezogen. Denken wir an Prof. Keel aus Freiburg. Wir haben gerade heute wieder ein Pamphlet auf unserem Pult gehabt, wo er etwa fünfzehnmal zitiert wird. Ich habe dies deshalb erwähnt, weil ich der Meinung bin, dass es merkwürdig anmutet, sich so sehr für die Beibehaltung der Präambel in unserer Verfassung einzusetzen, kritische Stimmen aus kirchlichen Kreisen gegenüber unserer politischen Tätigkeit aber zu unterbinden oder zumindest zu überhören.

**Miville:** Ich lege Wert darauf, die Gründe, weshalb ich dem Antrag Gassmann und damit der Initiative zustimme, hier darzulegen. Ich bin nämlich an sich kein Freund der Wehrdienstverweigerung. Ich habe Aktivdienst geleistet, gehöre dieser Generation an und gehe aus von den Erfahrungen, die unsere Generation im Hinblick auf die Landesverteidigung gemacht hat. Ich bin mir dabei durchaus im klaren,

dass Erfahrung manchmal nicht nur Bereicherung, sondern auch eine gewisse Belastung darstellen kann. Aber ich habe – im Unterschied zum Kollegen Piller – gerne Militärdienst geleistet, was vielleicht unseren Kollegen Kündig ebenso erstaunen wird wie meine seinerzeitige Feststellung, dass ich gerne Steuern bezahle. (*Heiterkeit*) Ich bin also aus grundsätzlichen Erwägungen und aufgrund meiner Lebenserfahrung, wie ich sie verstehe, kein Freund der Wehrdienstverweigerung. Ich habe in mehreren Gesprächen junge Leute, die mich befragt haben, wie sie handeln sollen, davon abgehalten, den Wehrdienst zu verweigern. Nun aber diese Initiative: Mit ihrer Ablehnung verhindern wir die Wehrdienstverweigerung an sich nicht. Ich halte auch den Ausdruck «freie Wahl», der hier mehrmals gefallen ist – also die freie Wahl im Hinblick auf «Wehrdienst leisten» oder nicht –, für nicht ganz zutreffend, um nicht zu sagen für etwas polemisch. Eine freie Wahl wird ja nun in diesem Sinne von der Initiative nicht angeboten. Die Alternative zum Militärdienst soll immerhin darin bestehen, dass man dann die anderthalbfache Zeit in einem Dienst für das Gemeinwesen zuzubringen hat, der auch recht streng beschaffen sein wird. Er soll in dieser Hinsicht unter Bundesaufsicht stattfinden, ob er nun in staatlichen oder privaten Institutionen geleistet wird. Der Initiative ist zugute zu halten: Sie erleichtert und befürwortet nicht einfach die von unserem Kollegen Munz erwähnte Bequemlichkeit, sondern stellt diejenigen, die nun einmal von ihrer Überzeugung und Gesinnung her diesen Militärdienst nicht leisten wollen, vor eine recht harte Entscheidung. Und damit komme ich bereits zum letzten Argument, das mich schliesslich zur Befürwortung dieser Initiative veranlasst. Ob wir die Initiative annehmen oder ablehnen: Wehrdienstverweigerer wird es weiterhin so oder so geben. Und wenn schon, sage ich mir, sehe ich diese Wehrdienstverweigerer lieber in einem Dienst für die Gesellschaft, in dem positive Leistungen erbracht werden, als in einem Gefängnis, in dem eine solche Leistung für die Gesellschaft jedenfalls nicht erfolgen kann.

**Mme Bauer:** Je voudrais faire quelques remarques sur cette initiative et, d'une manière plus générale, sur le service civil, afin de démontrer que l'absence d'un statut pour les objecteurs de conscience est une lacune grave que le Conseil fédéral, que ce Parlement se doivent de combler rapidement.

Certes, l'initiative «pour un authentique service civil fondé sur la preuve par l'acte» n'est pas sans défaut. On peut d'abord la considérer comme prématurée dès lors qu'elle a été déposée en 1979 déjà alors que, deux ans auparavant, le peuple et les cantons refusaient nettement l'arrêté fédéral visant à l'introduction d'un service civil de remplacement. On peut aussi juger injustifiés les scrupules des objecteurs de conscience à porter les armes si l'on admet que notre armée, strictement défensive, n'interviendrait que dans le cas où le pays serait attaqué. L'élément statistique est également invoqué: sur quelque 30 000 recrues par année, quelques centaines seulement refusent de servir. Vaut-il vraiment la peine de leur réserver un statut spécial? Mais le reproche majeur qu'on adresse à cette initiative est qu'elle tend à accorder le libre choix entre service militaire et service civil. En écartant la procédure d'examen pour les candidats au service civil, en renonçant à les faire juger par un tribunal, on supprimerait en fait l'obligation générale de servir et on risquerait de porter un coup fatal à notre armée de milice. Or, il ne fait pas de doute que, dans sa grande majorité, le peuple suisse est fermement attaché à son armée de milice, qui est l'expression de son idéal communautaire et de son esprit de solidarité. Elle seule permet à notre pays de disposer, pour se défendre, d'une armée forte, qui a témoigné de son efficacité dans le passé et dont le maintien se justifie dans l'époque troublée que nous traversons.

Ces objections ne sont pas sans pertinence, certes. Pourtant, de plus en plus nombreux sont ceux qui estiment que la législation actuelle n'étant pas satisfaisante, le Conseil

fédéral se doit de proposer une solution de rechange au service militaire. Je voudrais rappeler que, depuis des années, au sein même de ce Parlement, des députés appartenant à différents partis se sont battus pour qu'un statut soit accordé aux objecteurs de conscience et j'évoque pour ma part les prises de position courageuses d'un Albert Picot, de Genève, d'un Peter Dürrenmatt, de Bâle députés libéraux. Ajouterai-je que, pour ma part, j'aurais certainement fait du service militaire comme tous les hommes de ma famille qui se sont honorés et qui s'honorent encore de servir le pays de cette manière-là et je suis favorable à la défense armée du pays. Mais la guerre prend des proportions tellement inouïes que, chez des jeunes surtout, la perception des notions de patrie, de service à la collectivité évolue, se modifie. On ne peut le nier.

J'insisterai donc sur deux points, qui, dans la nouvelle réglementation, doivent être corrigés.

Premièrement, la place des objecteurs n'est pas en prison, avec les détenus de droit commun et avec les drogués. C'est par ailleurs une aberration totale que d'y enfermer également les drogués. Il me souvient des visites que la commission parlementaire genevoise des visiteurs officiels des prisons, dont j'étais membre, rendait il y a quelques années aux détenus qui purgeaient leur peine au pénitencier de Bellechasse. Le directeur d'alors, lui-même officier dans l'armée, insistait pour que nous le débarrassions de cette catégorie de prisonniers parce qu'il estimait inacceptable qu'on les traitât comme des criminels.

Il est vrai que certains objecteurs sont affectés à des tâches hospitalières, mais une telle décision dépend des juges et l'on doit noter qu'ils ne sont pas tous disposés à accorder une telle faveur. Selon des statistiques qui m'ont été fournies, 40 pour cent seulement des objecteurs de conscience bénéficieraient des arrêts répressifs, solution qui présente des avantages indéniables et qui, par conséquent, devrait, me semble-t-il, être largement développée. Deuxièmement, il faut rappeler que les objecteurs sont l'objet d'une condamnation pénale et que cette condamnation est inscrite dans leur casier judiciaire, comme si le conflit de conscience avait un caractère infamant! Cette disposition doit être corrigée également et l'on peut se demander si le jugement ne devrait pas être rendu par un tribunal civil plutôt que par un tribunal militaire.

A plusieurs reprises, l'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe a recommandé aux pays membres l'adoption d'un statut juridique de l'objecteur de conscience et la création d'un service de remplacement d'une part, l'introduction, d'autre part, dans la Convention européenne des droits de l'homme, du droit à l'objection de conscience au service militaire. Faut-il rappeler qu'à l'exception de la Turquie et de Chypre, tous les pays qui connaissent la conscription générale offrent la possibilité d'accomplir un service de remplacement. La Grèce et la Suisse sont les seuls qui n'admettent que le service militaire sans arme en tant que service de remplacement. Notre pays ne peut pas indéfiniment invoquer son statut spécial, se retrancher derrière ses particularités pour justifier dans ce domaine un retard qui met en jeu des notions éthiques.

«Nous sommes conscients que la question de l'objection de conscience n'est pas résolue», affirme le Conseil fédéral dans la vue d'ensemble de son message. Nous prenons acte de cette déclaration et nous partageons ce point de vue mais nous nous permettons d'exprimer un certain scepticisme en lisant le reste de la phrase: «La question sera toutefois discutée à nouveau lors de la révision totale de la constitution.» En effet, la révision de la constitution n'est pas pour demain. Elle a suscité d'innombrables réserves et il ne fait pas de doute que certains cherchent à la différer *sine die*. Aussi ne peut-on que se réjouir d'apprendre que le Conseil fédéral a édicté, le 24 juin 1981, une nouvelle réglementation provisoire du service militaire non armé «afin d'éliminer certaines lacunes». Cette ordonnance est entrée en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 1982. Il serait souhaitable que le Conseil fédéral, dès que possible, dresse un bilan provisoire de cette expérience. Combien d'années se

poursuivra-t-elle, quand règlera-t-on le problème par une modification de la loi, ainsi que le Conseil fédéral en manifeste l'intention? M. Chevallaz, conseiller fédéral, peut-il nous donner quelques informations à ce sujet?

Mes chers collègues, vous connaissez comme moi des objecteurs de conscience qui ne sont ni des embusqués, ni des tire-au-flanc, ni des fainéants. Afin de dépasser le nationalisme étroit deux fois responsable, au cours de ce siècle seulement, des guerres qui ont endeuillé l'Europe, nous avons cherché à inculquer à la jeune génération des sentiments de solidarité, de fraternité avec tous les peuples de ce monde. Or, il apparaît maintenant que les conflits qui, partout, se multiplient, pourraient avoir des conséquences infiniment plus meurtrières encore dès lors que l'humanité possède les moyens de se détruire entièrement. La guerre prend une dimension tellement absurde, tellement démentielle que des jeunes, catholiques, protestants, agnostiques, des fils de familles où, traditionnellement, on s'honorait de porter les armes ou de monter en grade, veulent servir le pays, veulent servir l'humanité autrement. Pour témoigner de leur bonne foi, ils proposent même d'accomplir un service civil plus long. Il y en a plus de 700 cette année; c'est peu, diront les uns. Pour ma part, je trouve que c'est une *déperdition de forces à laquelle nous ne pouvons consentir plus longtemps*. Nous ne devrions pas plus longtemps gaspiller ces forces de travail proposées par plus de 700 jeunes hommes, mais les utiliser plutôt pour le service de la communauté. Au Conseil fédéral de proposer dans ce sens, et le plus rapidement possible, des solutions nouvelles!

Personnellement, tout en étant consciente des défauts de l'initiative, je la soutiendrai, parce que la législation actuelle n'est pas satisfaisante, parce qu'elle doit être modifiée sans plus tarder, afin que l'on tienne compte du conflit de conscience des objecteurs plutôt que de les traiter comme des criminels.

**M. Donzé:** Je suis de la même génération que mon ami Karl Miville, et c'est dans le même sens que j'interviens, ayant fait de très longues relèves militaires avec le sentiment profond de servir mon pays.

Si j'interviens donc en faveur de l'initiative populaire, c'est que je ne crois pas que le Conseil fédéral et la majorité de la commission de notre conseil fassent bonne route quand ils opposent un «non» sec et sonnante à l'initiative populaire déposée le 14 décembre 1979, avec 113 045 signatures.

Le problème est que les objecteurs de conscience existent et que leur nombre va même en augmentant. Doit-on, dans ces conditions, se voiler la face et dire non à toute solution? S'ils étaient 593 à être condamnés en 1981, il furent 729 en 1982 et nombreux furent ceux qui subirent une peine de prison pour des motifs religieux. On l'a déjà dit, mais je crois qu'il est bon de le répéter, est-il juste que de jeunes citoyens refusant en toute conscience de servir la patrie avec les armes soient jetés au cachot?

Je voudrais dire aussi que la Suisse est quasi le dernier pays d'Europe occidentale à criminaliser l'objection de conscience. On peut alors se poser la question de savoir si notre pays ne viole pas la Déclaration des droits de l'homme.

Certes, la proposition contenue dans l'initiative populaire n'est peut-être pas la panacée, loin de là je le crois. Elle constitue pourtant, pour le moment, la seule solution qui nous est présentée. Elle va bien dans le sens de la recommandation 816 du Conseil de l'Europe relative à l'objection de conscience et au service militaire qui, concernant le service de remplacement, stipule ce qui suit: «Le service de remplacement à accomplir au lieu du service militaire doit avoir au moins la même durée que le service militaire normal. Il faut assurer l'égalité, tant sur le plan du droit social que sur le plan financier de l'objecteur de conscience reconnu et du soldat qui assure le service militaire normal. Les gouvernements intéressés doivent veiller à ce que les objecteurs de conscience soient employés à des tâches utiles à la société ou à la collectivité, sans oublier les

besoins multiples des pays en voie de développement.» Ce dernier choix est donc simplement une possibilité.

Personnellement, je crois que les adversaires de l'initiative populaire peignent le diable sur la muraille lorsqu'ils invoquent l'affaiblissement de l'armée pour rejeter toute solution. La grande majorité du peuple suisse est attachée à l'armée de milice, tous les sondages à ce sujet concordent. Dès lors la question se pose de savoir s'il faut à tout prix contraindre des citoyens, qui veulent servir la patrie autrement, à faire leur service militaire. A mon avis, l'introduction d'un service civil ne devrait que fortifier l'armée. D'ailleurs, les chefs de l'armée ne cessent d'affirmer que la jeunesse, dans sa très grande majorité, fait montre d'un esprit positif à l'égard de la défense nationale. Alors pourquoi cet entêtement à refuser à une minorité le droit d'être respectée dans ses convictions? Il faut cesser de présenter le service civil comme une brèche propre à miner la défense nationale et les objecteurs de conscience comme des ennemis de l'armée. Ces affirmations, semble-t-il, d'après tous les sondages, ne résistent pas à l'examen. Il ne faut pas marginaliser ce groupe de citoyens, cela est malsain pour la démocratie.

L'enquête «VOX» effectuée après la votation de 1977 sur l'initiative dite de Münchenstein a révélé, si on l'interprète honnêtement, qu'une majorité de citoyens existe en faveur du principe d'un service civil. Je crois donc qu'il ne faut pas utiliser comme argument la peur de l'affaiblissement de la volonté de défense. Je le répète, je suis partisan de la défense nationale, mais je me refuse d'entrer dans un jeu simplificateur et je demande donc que l'on prenne position dans le sens proposé par M. Gassmann.

**Frau Bühner:** Das Anliegen, das die Befürworter eines Zivildienstes vertreten, verdient ernstgenommen zu werden. Es ist keine Bagatelle, wenn jährlich Hunderte von jungen Leuten ins Gefängnis wandern, die Mehrzahl davon aus Gewissensgründen. Eine solche Situation ist mehr als unbefriedigend, und wir müssten alles daran setzen, für die Dienstverweigerer so rasch wie möglich einen praktikablen Weg anzubieten. Wir müssten dies tun. Aber die Botschaft des Bundesrates macht erschreckend klar, dass keinerlei Bereitschaft vorhanden ist, dieses Problem zu lösen. Weder wird die Initiative unvoreingenommen geprüft und dargestellt, noch macht man sich die Mühe, die Frage eines Gegenvorschlages ernsthaft in Betracht zu ziehen.

Ein zentrales Anliegen der Initiative, dass nämlich ohne jede Wissensprüfung auszukommen sei, wird als grosser Mangel dargestellt. Dabei liegt die Fragwürdigkeit jeder Wissensprüfung auf der Hand. Das geht ja auch aus der Entschliessung des Europäischen Parlamentes, die kürzlich herausgekommen ist, hervor. Es gibt keine objektiven Kriterien, die ein sicheres Urteil zulassen. Gewissensentscheide sind letztlich nicht nachvollziehbar, also auch nicht überprüfbar. Die Initiative schlägt einen neuen Weg ein. Sie lässt den Dienstverweigerer Nachteile in Kauf nehmen und so seinen Gewissensentscheid unter Beweis stellen. Sind es Nachteile, oder könnte die vorgesehene Dauer des Zivildienstes auch Drückeberger anlocken? Eine achtzehnmönatige Dienstzeit, die zudem in grösseren Blöcken von drei bis sechs Monaten abzuleisten wäre – dass der Dienst selbstverständlich nicht in Portionen von 14 Tagen geleistet werden kann, dass dies drei bis sechs Monate sein werden, eventuell sogar noch länger, wird zu wenig betont –, ein solcher Zivildienst böte jedenfalls keine Erleichterung gegenüber dem Militärdienst. Im übrigen hätte gerade die Dauer des Zivildienstes im Rahmen eines Gegenvorschlages diskutiert werden können. Auch die möglichen Arbeitsbereiche für die Leistung des Zivildienstes hätten in einem Gegenvorschlag schärfer umrissen werden können, als es in der Initiative geschieht. Das wäre vielleicht wünschenswert gewesen, obwohl aufgrund des Initiativtextes keineswegs jede beliebige Tätigkeit – wie das die Botschaft ausführt – hätte erlaubt werden müssen. Der Verfassungstext würde eine sinnvolle Konkretisierung durch die Ausführungsgesetzgebung durchaus zulassen. Nicht möglich wäre

eine Unterstellung des Zivildienstes unter das EMD im Rahmen der Gesamtverteidigung. Aber es wäre Sache des Gesetzgebers gewesen, die Gleichwertigkeit mit dem Militärdienst herzustellen und dafür zu sorgen, dass der Zivildienst nicht als unbeschwertes «Lotterleben unter Palmen» hätte absolviert werden können.

In der Botschaft des Bundesrates werden auch zahlreiche Gespenster an die Wand gemalt: Man glaubt das Milizsystem in Gefahr, die Landesverteidigung nicht mehr gewährleistet, die bewaffnete Neutralität in Frage gestellt. Ich staune über so viele geheime Ängste. Glauben der Bundesrat und die Gegner der Initiative im Ernst, dass die jungen Leute in hellen Scharen der Armee den Rücken kehren werden? Ich kann diesen Kleinmut nicht teilen; meine Lebenserfahrung lehrt mich anderes. Das hängt vielleicht damit zusammen, dass bei mir zu Hause der Karabiner eines altgedienten, ausgedienten Wehrmannes und das Sturmgewehr eines sehr jungen Soldaten stehen. Ich bin überzeugt, dass neben der grossen Zahl Soldaten, die weiterhin den Dienst in unserer Armee leisten werden, für die kleine Minderheit eine Möglichkeit bestehen müsste, auf andere Art ihren Beitrag an den Frieden und an die Gemeinschaft zu leisten.

Man kann nicht sagen, dass die Armee das einzige Instrument der Friedenssicherung sei, man kann sich andere Formen vorstellen, und es wäre ungerecht, diese Minderheit zu bezichtigen – wie es in der Botschaft geschieht –, sie verfolge eigene Interessen zu Lasten des Gemeinwohles. Es geht letzten Endes um die Gewissensfreiheit, die in der Verfassung ebenso gut verankert ist wie die allgemeine Wehrpflicht. Es wäre unsere Pflicht, hier endlich einen gangbaren Weg zu suchen. Mit dem Antrag des Bundesrates und der Kommissionsmehrheit verpassen wir eine Gelegenheit. Ich unterstütze den Antrag Gassmann.

**Steiner:** Damit die Stimme Schaffhausens auch von der anderen Seite her ertönt, im Gegensatz zu meiner verehrten Kollegin Bühner: Sie hat gesagt, die Initiative lasse Dienstverweigerer Nachteile in Kauf nehmen. Es gibt aber keinen äquivalenten Zivildienst gegenüber dem Militärdienst, auch wenn er fünf Jahre dauert! Ich verweise auf die Lebensgefahr im Militärdienst. Das genügt. Ich bin gegen diese Initiative.

**M. Chevallaz,** conseiller fédéral: Permettez-moi en introduction trois remarques de principe. La première: un pays a-t-il le droit ou le devoir de se défendre? La guerre étant à juste titre considérée comme la manière la plus déraisonnable et la plus détestable de régler les conflits entre les peuples – je rejoins ici parfaitement M. Gassmann – ne serait-il pas raisonnable, humainement nécessaire de donner un exemple au monde en renonçant à la violence, en déposant spontanément, unilatéralement les armes? Malheureusement, l'histoire le montre, les pays qui n'ont pas eu la volonté de résister à la force par la force ont disparu, ont été conquis, absorbés, assimilés, effacés de la carte. L'histoire démontre aussi que les régimes qui prétendaient solennellement renoncer à la guerre se sont très vite transformés en belligérants actifs, agressifs et conquérants. C'est malheureux mais c'est ainsi! La Révolution française qui proclamait que la guerre était l'affaire des princes et que le régime du peuple, dans sa bonté, apporterait la paix déclencha à travers toute l'Europe le premier grand carrousel militaire des temps modernes. La Révolution soviétique qui proclamait que la guerre était un produit de l'impérialisme capitaliste, qui déclarait en 1917 la paix aux Empires centraux, détient aujourd'hui, dans la plus rigoureuse discipline militaire, le potentiel guerrier le plus puissant de tous les temps. Et si l'Inde fut avec Gandhi le pays de la non-violence, elle possède aujourd'hui, sous le gouvernement de la femme qui porte son nom, l'armée la plus forte de l'Orient après celle de la Chine populaire et hélas! les massacres de l'Assam s'inspirent fort peu des thèses du mahatma.

La guerre existe, elle est dans l'histoire, elle est dans le monde, elle ne se détourne pas par de bons sentiments,

par de bonnes paroles. Ni la prédication chrétienne (hélas!), ni la réflexion des Sages de l'Orient, ni les philosophies de la raison, ni les instituts de recherche de la paix non plus ne peuvent en conjurer l'éventualité. La violence ne se dissuade que par la résistance ou le cas échéant par l'emploi de la force. La guerre étant dans ce monde déraisonnable une menace latente, un pays libre, injustement attaqué, a non seulement le droit mais le devoir de se défendre pour reprendre les termes du message pour la paix du souverain pontife de décembre 1981 ou entre autres, on pourrait les citer aussi, les propos du théologien Karl Barth qui n'était pas un homme de l'extrême-droite.

Deuxième remarque: les obligations du citoyen à l'égard de la communauté nationale. La communauté nationale, je crois que c'est plus qu'un terme géographique, c'est plus qu'une notion juridique, c'est pour moi – est-ce une notion dépassée? – un climat de vie collective, affectif et raisonnable, un tissu économique, une cohésion politique, même dans les divergences qu'un régime de liberté permet d'exprimer, disons peut-être surtout dans les divergences qu'un régime de liberté permet d'exprimer, c'est un certain réseau de solidarité sociale, perfectible sans doute, mais substantielle, c'est une histoire que nous avons vécue ensemble. La communauté, par le capital affectif qu'elle représente, le patrimoine, la substance vivante qu'elle constitue, par les obligations que la société, que la communauté assume à notre égard, est en droit d'exiger un certain nombre de sacrifices, le respect des lois sous des formes diverses, le versement des impôts qui n'est pas toujours agréable, la contribution à sa défense.

La communauté ne saurait garantir notre liberté et les avantages qui s'y rattachent incontestablement sans appeler chacun de ses membres dans la mesure de ses moyens à contribuer à sa défense. Je n'irai pas aussi loin que Jean-Jacques Rousseau qui excluait de la société celui qui n'en respectait pas les lois, voire poussait à les condamner à mort. Je n'irai pas jusque-là.

Il n'y a, aucune raison de conférer une valeur de vertu particulièrement élitaire, une sorte d'auréole de martyr ou un certificat de christianisme plus pur que celui des autres, à celui qui refuse de participer à ce devoir fondamental qui est la défense de la communauté avec ou sans armes. Celui qui fait son service à des degrés divers d'enthousiasme ou de résignation, comme on l'a soulevé tout à l'heure, ne saurait être considéré comme un citoyen de deuxième classe, l'homme du compromis avec le monde mauvais, le demi-chrétien, le frère convers chargé des basses besognes. Si c'est – et nous l'avons vu – un devoir de défendre la communauté injustement menacée par la violence du dehors, celui qui, au risque de sa vie, assume ce devoir mérite le premier notre estime et non pas celui qui, malgré tout, s'y dérobe, si digne d'intérêt que soient ses scrupules, en refusant de prendre le risque du soldat pour défendre les valeurs qui sont aussi des valeurs de cœur et d'esprit, qui s'attachent à la communauté.

Troisième et dernière remarque: le caractère particulier du service militaire en Suisse. Beaucoup parmi nos voisins pratiquent un service partiellement permanent, ont une armée qui est partiellement, parfois totalement comme chez les Anglais ou les Américains, une armée de métier. Dans les pays où il y a conscription générale, la proportion des conscrits recrutés est généralement plus faible que chez nous. Une fois qu'ils ont, comme en France ou en Belgique, accompli leurs douze ou leurs dix-huit mois de service, ils n'ont en général plus guère avec l'armée que des rapports administratifs et sont versés dans d'une réserve qui existe en bonne partie sur le papier et que l'on mobilise assez rarement! L'armée est donc chez eux – je crois qu'on peut le dire – une institution à part, au service de l'Etat sans doute, sauf dans les pays un petit peu plus éloignés qui pratiquent le coup d'Etat militaire périodiquement, mais elle reste dans les pays qui nous entourent, dans la plupart des pays qui nous entourent – ce n'est pas le cas en Suède en particulier – en marge de la vie de la communauté ou parallèle à cette vie. Chez nous, l'armée est beaucoup plus étroi-

tement intégrée à la vie du pays, par la densité mobilisable à 10 pour cent de la population. C'est la densité la plus forte avec celle de la Suède et, pour des raisons que l'on comprend, d'Israël. Par la brièveté du service militaire aussi notre armée est particulière, mais aussi par cette organisation des cours de répétition annuels; armée originale aussi par le très petit nombre des cadres de métier et la très forte prépondérance des miliciens. Enfin, nous possédons une organisation territoriale qui est étroitement intégrée aux structures civiles, les autorités et les institutions civiles participant à la défense. Enfin, nous ne pouvons pas oublier que la vocation, la mission et l'organisation de notre armée dans le cadre de notre neutralité et de notre indépendance politique sont strictement défensives. Ce n'est pas le cas des armées de l'OTAN, ni même celui de la France ou du Pacte de Varsovie, qui peuvent être appelées à mener d'importantes opérations hors des frontières nationales. Cette vocation exclusivement consacrée à la défense du pays, l'étroite intégration de notre armée à la substance et à la vie du pays enlèvent à l'objection de conscience une bonne part de sa crédibilité. Cet état de choses justifie notre fermeté et celle qui a été marquée par le peuple suisse lorsqu'il s'est prononcé en faveur du maintien de l'inscription dans la constitution de l'obligation du service militaire.

Ces trois remarques générales sur le devoir, pour un pays, de se défendre, sur le droit de ce pays de requérir, pour assurer cette défense, le concours de tous les citoyens, le caractère strictement défensif de notre armée, dictent naturellement notre réponse à l'initiative sur le service civil et notre pleine adhésion aux arguments du président de la commission et de ceux d'entre vous qui proposent le rejet pur et simple de l'initiative.

Le trait fondamental de cette initiative est qu'elle introduit le critère dit de la preuve par l'acte dans le choix, dans l'attribution au service civil. C'est par conséquent l'institution du droit de libre choix entre le service militaire et le service civil que vise l'initiative. Remarquons d'ailleurs que ce libre choix est en parfaite opposition avec l'article 18 de la constitution, qui dispose que tout Suisse est tenu au service militaire, comme l'ont relevé notamment MM. Schmid et Munz tout à l'heure, contradiction qui aurait pu poser peut-être le problème de la recevabilité, mais nous avons délibérément refusé de le soulever.

Dans l'initiative dont nous nous occupons, la notion d'objection de conscience a totalement disparu. On y parle simplement de «celui qui refuse le service militaire» sans en indiquer les motifs. Dès lors, malgré la durée plus longue du service civil, je le veux bien, il est à présumer et à prévoir – l'homme étant ce qu'il est et l'esprit étant prompt mais la chair faible – la crainte de l'effort, de l'inconfort, des raisons politiques, la simple indifférence, la peur aussi, l'avantage économique, pourraient déterminer bon nombre de jeunes à choisir la voie de la facilité sans qu'il y ait à la base de leurs décisions la moindre objection de principe contre la défense du pays. Ce ne serait plus le choix de la conscience, cela deviendrait rapidement le choix de la commodité, cela d'autant plus que, dans sa généreuse imprécision, la définition que les promoteurs de l'initiative donnent du service civil peut ouvrir la porte aux interprétations les plus laxistes, je dirai même les plus fantaisistes, en dépit de la durée plus longue du service civil auquel on a fait allusion tout à l'heure.

Je souhaite en particulier, sans m'étendre longuement là-dessus, que l'on m'explique comment on conçoit «la contribution à écarter les causes d'affrontements violents». Est-ce par la participation à des palabres inutiles, comme nous en avons tant vu, est-ce par la participation active et permanente à des mouvements de la paix, particulièrement à l'étranger? Il faut en effet considérer que le danger de guerre ne vient tout de même pas de notre pays; c'est ailleurs qu'il faudrait aller prêcher pour la paix.

La «réalisation de conditions dignes de l'homme» est un objectif constant de notre communauté. Elle s'y applique en tout cas. Le «renforcement de la solidarité internationale»

est en soi un but louable et nous nous appliquons à le réaliser, de même que la coopération avec les pays du tiers monde, que nous voudrions plus intense et mieux dotée financièrement. La coopération à la solidarité internationale pourra s'effectuer efficacement en dépit d'un service militaire très court. On notera en effet que, dans le projet de révision de la loi sur l'organisation militaire qui va vous être soumis, nous avons prévu la possibilité d'engager des troupes suisses, sanitaires, de protection aérienne ou de génie, notamment dans le cadre d'opérations de solidarité à l'étranger, comme nous l'avons fait à doses homéopathiques au cours des dernières années.

A vrai dire, les objectifs assignés par l'initiative au service civil nous paraissent fort imprécis dans leurs généralités et leur générosité rhétorique, difficiles à délimiter pratiquement et plus encore à appliquer. Nous voyons très mal d'autre part, comme on l'a relevé tout à l'heure, la Confédération exercer la surveillance et le contrôle des organisations et des institutions publiques et privées où s'accomplirait le service civil. Or, sans une surveillance rigoureuse, et j'en connais l'exemple par mon collègue ministre de la défense autrichien, le service civil pourrait bien, malgré sa durée relative, n'être qu'une activité bien détendue, bien confortable, en comparaison des efforts exigés du soldat. On évoque aussi le statut conféré aux objecteurs de conscience dans les pays étrangers et les enseignements qui s'en dégagent. Je ne veux pas entrer dans les détails – nous disposons d'une documentation assez importante à ce sujet – et je me bornerai à faire deux ou trois remarques principales.

Comme je l'ai relevé dans mon introduction, il y a une différence fondamentale entre la conception du service militaire en Suisse, dans notre armée de milice exclusivement défensive, et la conception de la plupart de nos voisins, Suède et Autriche exceptées. Et il n'y a pas, du fait d'un traitement différent, justifié par des conditions différentes, des objecteurs de conscience, de quoi faire un complexe de culpabilité. D'ailleurs, suivant les pays, l'organisation, la loi et l'esprit du service civil diffèrent profondément et une appréciation d'ensemble est difficile. Ainsi quel contraste entre la rigueur et la grande sévérité que marque la France – et que le régime actuel n'a pas démobilisées – et le laxisme qui existe dans certains pays que je ne veux pas énumérer mais que vous pouvez supposer.

La plus grande partie des pays font intervenir le critère de la conscience apprécié par une commission, par un tribunal (exception: la nouvelle législation allemande), la durée du service de remplacement, qui va du double de celle du service militaire à l'équivalence. Les activités sont diverses. Je n'y insiste pas.

Dans les remarques critiques, il y a la difficulté de trouver une occupation valable, vu le très grand nombre des candidats au service civil dans certains pays, sauf en France, la difficulté de l'organiser pleinement et d'en contrôler l'exécution. Notre collègue autrichien nous a parlé de cette surabondance de cas que l'on n'arrivait pas à placer, cas relativement nombreux et en progression. Et cela, nous le constatons aussi lorsque des objecteurs de conscience comparaissent devant nos tribunaux: Il y a objection non seulement au service militaire même non armé, mais aussi au service civil comme à toute obligation à l'égard de la communauté. Il y a là une incontestable détérioration de la conscience communautaire dans les pays de l'Europe occidentale. Je ne parle que de ceux-ci, n'ayant pas eu, et pour cause, la possibilité d'examiner les chiffres et l'ambiance dans les pays situés un peu plus à l'Est. Devons-nous apporter notre contribution à cette détérioration? Je ne le pense pas.

Je ne puis répondre d'une manière détaillée à M. Piller concernant les données statistiques qu'il nous demande. Elles pourront lui être fournies. Je me borne à constater pour l'instant que 35 000 jeunes gens accomplissent chaque année leur école de recrues et 400 000 hommes leur cours de répétition. Or 729 objecteurs de conscience ont été condamnés en 1982, mais je relève avec un certain

étonnement qu'en 1982, il n'y a eu que 253 objecteurs de conscience parmi les recrues. Les autres sont plus âgés. Ces chiffres que je cite ici sont tout de même inférieurs à ceux des candidats au service civil dans des pays voisins, la France exceptée. Je ne sais pas comment on s'y prend en France mais en tout cas, on serre la vis d'une manière assez rigoureuse.

Nous sommes loin d'être sourds aux scrupules que certains peuvent éprouver de porter l'arme. L'ordonnance du Conseil fédéral du 24 juin 1981 prévoit que les hommes astreints au service militaire, que l'utilisation d'une arme plongerait dans un grave conflit de conscience en raison de leurs convictions religieuses ou morales, peuvent servir sans arme. Cette possibilité existe depuis longtemps déjà mais jusqu'à l'année dernière, les cas étaient tranchés de manière très administrative par les officiers de recrutement, sans ouverture suffisante de recours. Grâce au système que nous avons introduit l'an dernier, qui laisse la première décision aux officiers recruteurs, nous avons institué une instance de recours; le chef du Département militaire, sur préavis de commissions hors administration, recrutées régionalement et où siègent des ecclésiastiques, des enseignants, des travailleurs sociaux, des syndicalistes, des notables de conditions diverses, examine le cas, étudie le dossier, discute – parfois longuement – avec l'intéressé, revoit le problème, complète son enquête, puis suit les propositions des commissions. Nous avons rencontré deux fois ces commissions, que nous avons instituées au début de l'année dernière: une fois au début, pour les initier à leur mission, une fois vers la fin de l'année dernière pour établir un certain bilan et synchroniser, coordonner un peu la jurisprudence. Elle fournissent un travail de très haute conscience et il nous semble qu'elles règlent de nombreux cas, si je puis dire, «à l'amiable», c'est-à-dire que la persuasion, au terme de la discussion, a joué son rôle.

Je ne puis vous donner de chiffres car ils sont encore incertains. Nous n'avons pas terminé l'examen de toutes les requêtes déposées l'année dernière, 900 au total, dont 170 remontaient aux années antérieures; 201 ont été acceptées en première instance, c'est-à-dire par le recrutement, 493 ont été refusées; il y avait encore 200 requêtes pendantes en fin d'année; 334 recours ont été déposés devant les commissions: 86 ont été acceptés, 127 ont été rejetés, mais une centaine ont été soit retirés après l'entretien, soit liquidés pour des motifs divers – inaptitude au tir par exemple – consacrés entretemps.

Y a-t-il là une solution? Je le souhaiterais. Ce devrait être une solution qui nous évite en fait des cas trop nombreux d'objection de conscience, mais j'avoue qu'il est trop tôt pour juger du nouveau système. Il semble provoquer une certaine détente; s'il augmente – de façon certes limitée – le nombre des hommes servant sans porter l'arme, il ne compromet toutefois absolument pas la capacité défensive de l'armée, et ces garçons ont eux-mêmes l'impression et la conscience de servir aux côtés des autres.

J'admets avec Mme Bauer que les conditions de détention des objecteurs condamnés – quoique cela ne me regarde pas – sont disparates et qu'une révision, en harmonisation de l'application de ces peines, serait souhaitable.

Pourquoi ne pas opposer de contre-projet à l'initiative? Je crois pouvoir citer ici textuellement l'avis du Comité d'initiative pour un authentique service civil, ici parfaitement d'accord avec le Conseil fédéral: «Renoncer à un contre-projet est une attitude correcte, claire et démocratique. Nous sommes également d'avis qu'un contre-projet n'aurait été que la nouvelle mouture du timide projet d'un service civil de remplacement, rejeté le 4 décembre 1977.» J'ajoute que ce vote refusant le texte tiré de l'initiative de Münchenstein s'est soldé par 885 000 voix contre et 533 000 pour, à l'unanimité des cantons.

En conclusion, je pense que l'initiative doit être rejetée. Elle est contestable parce qu'elle donne le libre-choix, lequel sera bien souvent déterminé par la volonté du moindre effort, et parce qu'elle rend le service civil attractif, indépendamment de tout débat de conscience. Elle est critiquable

parce qu'elle crée l'illusion que l'on va servir la paix en accomplissant un service civil et en refusant le service armé. Or le pacifisme, unilatéralement pratiqué, est une invitation à la politique de violence. Enfin, l'initiative est dangereuse parce qu'elle briserait la cohésion du pays, notamment de sa jeunesse, dans la volonté de défense, en créant deux catégories de citoyens: ceux qui feraient bravement leur service militaire pour défendre l'existence du pays, et ceux que j'appellerai, aux côtés des objecteurs, les amateurs de service civil, certainement plus nombreux que les objecteurs de conscience proprement dits, et qui se préoccuperaient peu de l'existence du pays dont ils obtiennent tant. En effet, on ne s'attache en fait qu'à ce qui exige de vous un certain sacrifice. Le service civil à la carte, dans une bonne partie de ses activités, ne constitue pas un sacrifice malgré sa relative longueur, et on ne peut parler de la volonté d'existence d'un pays sans l'allier à sa volonté de résistance, à l'effort et au sacrifice que celle-ci comporte, c'est-à-dire au service militaire accompli. Je vous propose donc, au nom du Conseil fédéral, d'inviter le peuple et les cantons à rejeter cette initiative.

*Eintreten ist obligatorisch*

*L'entrée en matière est acquise de plein droit*

*Detailberatung – Discussion par articles*

**Titel und Ingress, Art. 1**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Titre et préambule, art. 1**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Art. 2**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag Gassmann*

Volk und Ständen wird die Annahme der Volksinitiative beantragt.

**Art. 2**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition Gassmann*

Le peuple et les cantons sont invités à accepter l'initiative.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Kommission

33 Stimmen

Für den Antrag Gassmann

6 Stimmen

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Beschlussentwurfes

33 Stimmen

Dagegen

6 Stimmen

*An den Nationalrat – Au Conseil national*

## **Zivildienst. Volksinitiative**

### **Service civil. Initiative populaire**

|                     |                                              |
|---------------------|----------------------------------------------|
| In                  | Amtliches Bulletin der Bundesversammlung     |
| Dans                | Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale    |
| In                  | Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale |
| Jahr                | 1983                                         |
| Année               |                                              |
| Anno                |                                              |
| Band                | II                                           |
| Volume              |                                              |
| Volume              |                                              |
| Session             | Frühjahrssession                             |
| Session             | Session de printemps                         |
| Sessione            | Sessione primaverile                         |
| Rat                 | Ständerat                                    |
| Conseil             | Conseil des Etats                            |
| Consiglio           | Consiglio degli Stati                        |
| Sitzung             | 02                                           |
| Séance              |                                              |
| Seduta              |                                              |
| Geschäftsnummer     | 82.058                                       |
| Numéro d'objet      |                                              |
| Numero dell'oggetto |                                              |
| Datum               | 01.03.1983 - 09:00                           |
| Date                |                                              |
| Data                |                                              |
| Seite               | 69-80                                        |
| Page                |                                              |
| Pagina              |                                              |
| Ref. No             | 20 011 410                                   |

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.  
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.  
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.